

---

**Protokoll**

Sitzung Nr. 5  
 Datum **Mittwoch, 21. September 2016**  
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I  
 Zeit 19.30 bis 21.15 Uhr

---

Vorsitz	Bähler Peter	SVP 1
1. Vizepräsident	Rothenbühler Hans-Jörg	BDP 1
Stimmzählende	Fust Michael ( <i>Ersatz für S.A. Gunaratnam</i> )	SP 1
	Tschumi Samuel	SVP 1
Mitglieder	Rhyn Hans-Jörg	
	Selliah Tharnan	
	Spichiger-Röllli Petra	
	Steiner Philip	
	Zangger-Schöni Patricia	SP 5
	Aebi-Lehmann Elisabeth	
	Bucheli Marco	
	Burren Markus	
	Guggisberg Roland	
	Kobel Matthias	
	Mosimann Bruno	
	Pfister-Aebersold Marianne	SVP 7
	Burkhalter Urs	
	Hadorn Karin	
	Hadorn Markus	BDP 3
	Bacher Markus	
	Heimann Patrick	
	Magnani Patric	
	Remund Marcel	
	Stock Stefan	
	Thomann Lemann Johanna	FDP 6
	Ackermann Thomas	
	Mellert Denise	CVP 2
	Tschanz André	
	Walker Karin	EVP 2

	Kofel Peter Stettler-Schwenter Marceline Vanoni Bruno	GFL 3
	Oesch Toni	fdU 1
		<u>33</u>
Abwesend	Aebi Valentine Bolliger Stephan Dietiker Markus Gerber Rudolf Gunaratnam-Rajendra Shri Ahila ( <i>Stimmen- zählerin</i> ) Jenni Jürg Lastric Dubravka	SVP 2    SP 3  GFL 2
Vertreter des Gemeinderates	Bichsel Daniel, Gemeindepräsident Veglio Mirjam, Vizegemeindepräsidentin Crettenand Joseph Huber-Spari Sabine Jörg Kurt Traber Peter Westphale Edi	
Sekretär	Sutter Stefan	
Protokoll	Roll Corinne, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	1	
Anzahl Medien	2	

---

## Geschäfte

35	Pro Protokoll	
	Protokoll vom 29. Juni 2016 .....	103
36	1.12.42 Reglement über die ständigen Kommissionen Reglement über die ständigen Kommissionen; Änderung .....	103
37	42.331. Verein Kinderbetreuung Zollikofen (KIBEZ) Familienergänzende Kinderbetreuung (Kindertagesstätte und Betreuung durch Tageseltern); Verpflichtungskredit .....	105
38	25.321. Verpflichtungskredite Gebäudesanierung Werkhof und Feuerwehrmagazin; Abrechnung Verpflichtungskredit .....	109
39	1.92.2 Postulate Postulat André Tschanz betreffend "Kunststoff- und Tetrapack-Recycling auch in Zollikofen?"; Erheblicherklärung .....	111
40	1.92.2 Postulate Postulat Jürg Jenni und Mitunterzeichnende betreffend "Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen"; Erheblicherklärung .....	115
41	1.92. Parlamentarische Eingänge Parlamentarische Eingänge .....	118

GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Die Protokollführerin

## Verhandlungen

Präsident: Herr Gemeindepräsident, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe GGR-Kolleginnen und Kollegen, werte Pressevertreter und Gäste, ich möchte Sie ganz herzlich zur Septembersitzung begrüssen. Speziell erwähnen möchte ich Urs Burkhalter von der BDP, er übernimmt die Nachfolge von Martin Köchli. Ebenso hat hier auf dem Podium Hans-Jörg Rotenbühler als 1. Vizepräsident Platz genommen

Entschuldigt haben sich vom GGR: Markus Dietiker, Rudolf Gerber und Jürg Jenni, Valentine Aebi, Dubravka Lastric, Stephan Bolliger.

Ich stelle fest, dass 33 Parlamentarierinnen und Parlamentarier anwesend sind, demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

Auf dem Tisch finden Sie den aktualisierten Sitzungsspiegel sowie den Jahresbericht 2015 der Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Ebenfalls liegen der Politikplan und das Budget 2017 als Unterlagen für die Oktobersitzung auf.

Vorne bei der Präsenzliste, auf der Sie sich bitte bei jeder Sitzung eintragen, liegt auch die Liste, ob Sie Ihre GGR-Unterlagen elektronisch oder auf Papier zugesandt haben möchten. Wer sich dort noch nicht eingetragen hat, soll dies bitte tun.

Wieder einmal zur Erinnerung, insbesondere auch für die Neuen unter Ihnen: Geben Sie wenn möglich Ihre Voten elektronisch oder in Papierform an die Protokollführerin, es erleichtert ihr die Arbeit.

---

### Mitteilungen des Präsidenten

Ich möchte allen danken, die am letzten Samstag am GGR-Ausflug teilgenommen haben. Ich hoffe, dass sich niemand erkältet hat und alle gesund heimgekehrt sind. Die Novembersitzung beginnt gemäss Programm immer um 18.00 Uhr. Sie ist am 23. November. Es stehen einige Traktanden an und deshalb wäre ein früherer Start möglich. Wer könnte bereits um 17.30 Uhr an die GGR-Sitzung kommen? (*Anmerkung der Protokollführerin: Die Mehrheit kann früher kommen*).

Die Mitglieder des Ratsbüros haben den Entwurf für die Änderung der Geschäftsordnung GGR erhalten, es geht um den Vollzug der Motion Dubravka Lastric. Wir haben auch andere Punkte der Geschäftsordnung hinterfragt und das Büro wird entsprechend einen Antrag stellen.

---

### Mitteilungen der GPK

GPK: Keine Mitteilungen.

---

### Mitteilungen des Gemeinderates

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Ich habe drei Mitteilungen aus dem Gemeinderat:

Erstens zur Ortsplanungsrevision: Die Vorprüfung beim Kanton hat sich leider verzögert. Sie konnte auch im vorgesehenen verlängerten Zeitrahmen nicht abgeschlossen werden, so dass

der Vorprüfungsbericht bei der Gemeinde erst am 13. September 2016 eingegangen ist, anstatt wie ursprünglich erwartet, vor den Sommerferien.

Wie eine erste Sichtung des Vorprüfungsberichtes ergibt, sind in der Ortsplanungsrevision, beziehungsweise im Vorprüfungsbericht, keine grundlegenden Stolpersteine erkenntlich. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung kommt in seiner Gesamtbeurteilung und -würdigung zum Schluss, dass die Ortsplanungsrevision eine umfassende und gut strukturierte Planung darstellt, welche sorgfältig ausgearbeitet worden ist. Die Planung nehme eine gesamtheitliche Sicht auf die Ortsentwicklung vor und bestehe aus fundiert erarbeiteten Unterlagen von hoher planerischer Qualität.

Unter der Bedingung, dass die materiellen und formellen Genehmigungsvorbehalte bereinigt werden, kann das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) der Ortsplanungsrevision zustimmen und die Genehmigung in Aussicht stellen. Zurzeit werden die zahlreichen Detailbemerkungen bearbeitet und bereinigt, damit anschliessend die öffentliche Auflage erfolgen kann. So wie es heute aussieht, können wir sie nicht mehr im alten Jahr starten weil die Auflage mitten in die Feiertage von Weihnachten und Jahreswechsel fällt. Das erachten wir als nicht ideal und deshalb werden wir die öffentliche Auflage zu Jahresbeginn starten. Sobald Klarheit über den weiteren Terminplan besteht, werden wir informieren. Die Beschlussfassung im Grossen Gemeinderat über die Nutzungsplanung wird sich auf die neue Legislaturperiode verschieben. Aus diesem Grund entfällt auch die provisorisch angesetzte GGR-Sitzung vom Dezember, wie dies vom Ratssekretariat per E-Mail mitgeteilt wurde.

Zweitens: Das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept RGSK Bern-Mittelland, 2. Generation (RGSK II) gelangt an der Regionalversammlung vom 27. Oktober 2016 zur Beschlussfassung. Die äusserst umfangreichen Unterlagen zu diesem Geschäft sind in diesen Tagen auf der Webseite der Regionalkonferenz, [www.bernmittelland.ch](http://www.bernmittelland.ch), abrufbar.

Das vorliegende RGSK II wurde in einem mehrjährigen Prozess erarbeitet und stellt ein fein austariertes Planungswerk dar. Die Gemeinden und weitere Interessierte konnten ihre Haltung im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens einbringen. Zahlreiche Elemente aus dem RGSK II werden schliesslich behördenverbindlich, das heisst, dass insbesondere die Gemeinden im Raum Bern-Mittelland in ihren Planungen diese regionale Richtplanung zu berücksichtigen haben.

Der Kanton reicht die Planung gleichzeitig als Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr beim Bund ein. Daher kommt ihr aus finanzieller Sicht eine grosse Bedeutung zu: Bei einer positiven Beurteilung des Agglomerationsprogramms durch den Bund darf die Region Bern-Mittelland mit Bundesbeiträgen in der Höhe von rund 100 Millionen Franken an die aufgeführten Verkehrsmassnahmen rechnen.

Drittens komme ich zurück zur kommunalen Siedlungsentwicklung: Bekanntlich ist das Bären-Areal in Unterzollikofen von der Ortsplanungsrevision ausgenommen. Das Areal von rund 6'500 m<sup>2</sup> rund um den ehemaligen Gasthof Bären ist heute stark unternutzt. Im Rahmen der laufenden Ortsplanungsrevision wurde vorläufig auf eine Umstrukturierung und Verdichtung verzichtet um dies nachgelagert anzugehen, wenn sich die Eigentumsverhältnisse geklärt haben. Die Erbgemeinschaft König hat nun das Areal veräussert, eine neue Eigentümerschaft ist bereit, zusammen mit der Gemeinde das Gebiet zu entwickeln. Für das Bärenareal findet eine Ideenstudie unter Einbezug von drei Architekturbüros statt. Die optimale Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr und die Lage an der Bernstrasse bietet sich für eine Umstrukturierung und Verdichtung an. Die Planungsvorgaben entsprechen den Stossrichtungen aus der Ortsplanungsrevision. So leistet die Planung einen wichtigen Beitrag zur Siedlungsentwicklung nach innen. Mit einer dichten Überbauung soll der Zentrumsbereich Unterzollikofen gestärkt werden. Nebst einer gewerblichen Nutzung für die Versorgung des täglichen Bedarfs liegt das Schwergewicht der Planung auf zusätzlichem Wohnraum.

Die Ideenstudie startet Ende Oktober 2016 und soll im Frühling 2017 abgeschlossen sein. Anschliessend können sich die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer öffentlichen Mitwirkung zu den Planungsabsichten äussern.

Präsident: Gibt es weitere Mitteilungen aus dem Gemeinderat? Das ist nicht der Fall. Ahila Gunaratnam ist heute abwesend, sie ist Stimmzählerin. Wir brauchen eine Stellvertretung. Wer macht einen Vorschlag?

Hans-Jörg Rhyn, SP: Michael Fust würde das Amt übernehmen.

Präsident: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Somit erkläre ich Michael Fust für heute Abend als Stimmzähler gewählt.

Präsident: Wir kommen zur Traktandenliste. Sie ist Ihnen zugestellt worden. Gibt es Änderungswünsche betreffend der Reihenfolge der Traktanden? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste genehmigt.**

---

35 Pro Protokoll

**Protokoll vom 29. Juni 2016**

Präsident: Wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall. **Somit erkläre ich das Protokoll vom 29. Juni 2016 mit Dank an die Protokollführerin als genehmigt.**

---

36 1.12.42 Reglement über die ständigen Kommissionen

**Reglement über die ständigen Kommissionen; Änderung**

Präsident: Ist das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Das Geschäft unterliegt dem fakultativen Referendum, deshalb werden wir zum Schluss auszählen. Das Wort hat die GPK.

Johanna Thomann, GPK:

- Haben sich bereits Interessenten gemeldet?
- Die Leistungsvereinbarung ist sehr detailliert. Ist sie in jedem Punkt zwingend oder hat der Leistungserbringer Gestaltungsmöglichkeiten?
- Gibt es einen Plan B falls sich kein Verein/keine Interessensgruppe für die Organisation und Durchführung der Bundesfeier meldet?

Präsident: Das Wort hat der Gemeinderat.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Mit der vorliegenden Reglementsänderung beabsichtigt der Gemeinderat, die Organisation der Bundesfeier auszulagern. Es wird in Zollikofen auch künftig, und das ist mir wichtig, eine Bundesfeier im bisherigen Rahmen geben. Auch die gemeindeeigenen Dienstleistungen von Werkhof und Schulhauswart bleiben aufrechterhalten.

Es geht einzig darum, dass für die Organisation der Feier keine politisch zusammengesetzte Kommission verantwortlich zeichnet. Die bisherige Kommission war im Auftrag des Gemeinderates seit Jahrzehnten für die Organisation der öffentlichen Bundesfeier und der Jungbürgerfeier verantwortlich gewesen. In der Vergangenheit kam es innerhalb der Kommission vermehrt zu Vakanzen; die Parteien hatten teilweise Mühe, geeignete Personen dafür zu finden.

Der Gemeinderat ist der klaren Auffassung, dass das Organisieren von öffentlichen Anlässen keine politische Aufgabe ist und schlägt deshalb dem Grossen Gemeinderat vor, die Kommission aufzulösen, indem formell der vorliegenden Reglementsänderung zugestimmt wird. Die Auflösung erfolgt auf Ende der laufenden Legislaturperiode, also für Kommissionsmitglieder per 31. Januar 2017.

Wie Sie den Unterlagen entnehmen konnten, wird die Organisation, also die operative Tätigkeit, mittels Leistungsvereinbarung an einen Dritten übertragen. Vereine, Parteien oder sonstige Personengruppen, die Interesse an der Durchführung der 1. August-Feier haben, können sich bei der Gemeinde dafür bewerben.

Zu den Fragen der GPK:

– *Haben sich bereits Interessenten gemeldet?*

Ja, wir stehen mit drei Interessenten in Kontakt, indem wir ihnen vertiefte Unterlagen und Hintergrundinformationen haben zukommen lassen. Erste Gespräche haben stattgefunden, die nach dem Beschluss von heute Abend intensiviert werden.

– *Die Leistungsvereinbarung ist sehr detailliert. Ist sie in jedem Punkt zwingend einzuhalten oder hat der Leistungserbringer Gestaltungsmöglichkeiten?*

Die Leistungsvereinbarung wurde zum Start bewusst sehr detailliert formuliert. Sie soll einem künftigen Organisator auch als Checkliste für die Organisation und Durchführung dienen. Zudem ist es dem Gemeinderat ein Anliegen, dass durch die Auslagerung für die Bevölkerung nicht ein Leistungsabbau einhergeht. Der Gemeinderat hat in der Leistungsvereinbarung jedoch auch festgehalten, dass Änderungsvorschläge in gegenseitigem Einvernehmen jederzeit möglich sind, um auf Vorschläge des neuen Organisators reagieren zu können.

– *Gibt es einen Plan B, falls sich kein Verein/keine Interessengruppe für die Organisation und Durchführung meldet?*

Der Plan B besteht darin, dass die Organisation vorderhand durch die Gemeindeverwaltung übernommen werden müsste; für die operative Tätigkeit kann auch auf einzelne bisherige Kommissionsmitglieder zurück gegriffen werden, welche ihre Mitarbeit im Jahr eins nach Auflösung der Kommission in Aussicht gestellt haben.

Ich danke für die Zustimmung zum gemeinderätlichen Antrag.

Präsident: Wir kommen zur Beratung des Geschäftes. Wir diskutieren die Vorlage und den neuen Text im Reglement, also die Änderung Artikel 1, Absatz 2, Buchstabe i und Artikel 25 in einem "Aufwisch", es gibt keine Detailberatung. Das Wort haben die Fraktionen.

Marceline Stettler, GFL: Wir waren im ersten Moment nicht nur glücklich über diesen Antrag. Wir stellten uns fast dieselben Fragen wie die GPK. Deshalb wiederhole ich diese hier nicht mehr. Uns ist es wichtig, dass die 1. August-Feier einen würdigen Rahmen behält. Aber nachdem man Daniel Bichsel gut zugehört hat, ist das, soweit ich es beurteilen kann, gewährleistet. Wir werden zustimmen.

Präsident: Möchten sich die Ratsmitglieder äussern?

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Präsident: Möchte sich der Gemeinderat nochmals äussern?

Gemeinderat (Schlusswort): Keine Bemerkungen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung: Wer die Änderung im Reglement über die ständigen Kommissionen genehmigen will, erhebe die Hand. Wegen des fakultativen Referendums zählen wir aus. Der Vorsitz stimmt nicht mit.

### **Abstimmung**

**Die Änderung des Reglements über die ständigen Kommissionen wird unter Vorbehalt des fakultativen Referendums mit 31 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.**

---

37 42.331. Verein Kinderbetreuung Zollikofen (KIBEZ)

#### **Familienergänzende Kinderbetreuung (Kindertagesstätte und Betreuung durch Tageseltern); Verpflichtungskredit**

Präsident: Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Ein Hinweis: Bei der Abstimmung fällt der Beschluss A unter die Kompetenz des Grossen Gemeinderates, Beschluss B unterliegt dem fakultativen Referendum, dort werden wir die Stimmen auszählen. Die GPK hat das Wort.

Johanna Thomann, GPK: Der GPK fehlt eine Zielformulierung des Gemeinderats. Soll mit der Angebotserweiterung die dreijährige Wartefrist verkürzt werden oder wird lediglich die Zunahme der Nachfrage berücksichtigt?

Präsident: Das Wort hat der Gemeinderat.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Ich vertrete hier das Geschäft, weil Sozialvorsteherin Mirjam Veglio im Ausstand sein muss und es auch schon im Gemeinderat war, als das Geschäft vorbehandelt wurde. Zur Frage der GPK: Der Gemeinderat beabsichtigt mit der Erhöhung der subventionierten Kitaplätze in erster Linie, für mehr Kinder einen Platz anzubieten. Inwieweit sich dadurch die Warteliste automatisch verkürzen lässt, kann jedoch nicht so einfach beantwortet werden. Ich komme später darauf zurück.

Fehlende Kitaplätze und für die Eltern lange Wartezeiten von drei Jahren und mehr, sind ein Dauerthema. Die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie für die Frauen, mehr Frauen sollen zu einem höheren Prozentsatz arbeiten und das wird von Politik und Wirtschaft ja andauernd gefordert, setzt ein entsprechendes Angebot an familienergänzender Betreuung voraus. Dies ist zu einem wichtigen Standortfaktor für die Wahl einer Gemeinde als Wohnort geworden. Diese Fragen werden immer als Erste gestellt.

Die vorhandenen privaten Kitaplätze genügen der Nachfrage von vollkostenzahlenden Eltern. Die 22 Privatplätze der Gemeinde werden vom Verein KIBEZ kostendeckend und im eigenen unternehmerischen Risiko angeboten. Die Wartelisten bestehen einzig bei den subventionierten Plätzen. Darum bezieht sich der vorliegende Verpflichtungskredit ausschliesslich auf die neu 39 subventionierten Plätze, also der Erhöhung von 32 auf 39. Die Ermächtigung ist von der GEF auf vier Jahre bis Ende 2019 befristet. Der Kanton sieht Änderungen vor und wird wahrscheinlich auf Gutscheine setzen, wie es bereits die Stadt Bern tut.

Im Moment hat die im Sommer bewilligte Erhöhung allerdings erst teilweise aktiviert werden können. Die Kapazität der Räumlichkeiten an den beiden Kita-Standorten ist voll ausgeschöpft. Ab Anfang 2017 wird der Verein KIBEZ Räume an der Kreuzstrasse 2 mieten, einerseits als Ersatz für die Kita im Betagtenheim und andererseits zur Erweiterung auf die insgesamt 61 bewilligten Plätze. Heute sind total 34 subventionierte und 20 private Plätze besetzt und 118 Kinder werden betreut. Kinder mit privaten und subventionierten Plätzen sind in den beiden Kitas gemischt, die Finanzen jedoch werden strikte getrennt. Das Angebot von Kita und

Tageseltern nutzen aktuell insgesamt 132 Familien. Die Anzahl der bewilligten Betreuungsstunden bei Tageseltern bleibt mit dem Verpflichtungskredit gleich wie bisher, nämlich 35'500 Stunden. Im letzten Jahr wurden diese nicht vollständig aufgebraucht.

Dem Parlament nun die jährlich wiederkehrenden Kosten als Verpflichtungskredit vorzulegen, ist für den Gemeinderat der richtige Weg. Sowohl für die Familien wie auch die 29 Angestellten des Vereins KIBEZ ist eine Planungssicherheit sehr wichtig.

Ab Januar 2017 können alle 61 Kitaplätze genutzt werden. Ob und wie stark sich die Warteliste verkürzen wird, hängt einerseits von der Anzahl Anmeldungen ab, welche natürlich nicht planbar sind. Andererseits gibt der Kanton eine klare Prioritätenregelung für die Aufnahme in subventionierte Plätze vor. Wer zur Existenzsicherung arbeiten muss, wird immer prioritär aufgenommen. Es können also andere Familien auf der Warteliste „übersprungen“ werden, die weiterhin auf einen Platz warten. Wenn aber Mütter dank einem Kitaplatz zur Existenzsicherung arbeiten können, lassen sich Sozialhilfekosten vermeiden oder zumindest vermindern.

Wir bitten, den beiden Verpflichtungskrediten zuzustimmen. Danke.

Präsident: Nun ist das Wort offen für die Fraktionen.

Elisabeth Aebi, SVP: Die familienergänzende Kinderbetreuung ist in unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken, auch wenn für uns von der SVP die Familie als gesellschaftliche Grundlage gilt und natürlich die familiäre Kinderbetreuung weiterhin das Idealbild darstellt.

Wir sehen die Notwendigkeit von subventionierten Krippenplätzen und die Unterstützung von Tageseltern durchaus ein und haben darum bislang die jeweiligen Kredite bewilligt und die bereinigten Budgets zu tragen.

Die Unterstützung der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und durch Tageseltern ist nach wie vor aber eine freiwillige Gemeindeaufgabe und wir sollten, bei der gegenwärtigen Ausgangslage im Finanzhaushalt der Gemeinde, zusätzliche Aufgaben ohne anderweitige Kompensation nur mit Zurückhaltung übernehmen. Insofern teilen wir in der Fraktion die Beurteilung der Finanzkommission.

Man sagt, dass mit der Vorlage die Planungssicherheit für die familienergänzende Kinderbetreuung erhöht wird. Es wird jedoch nicht ausgeführt, wo die Planungsunsicherheiten bestehen und welche Folgen diese haben könnten. Im Gegenteil, es wird unter Ziffer 6 erklärt, dass der Abschluss der neuen Leistungsvereinbarung und die Erhöhung der Kita-Plätze weder personelle noch organisatorische Auswirkungen für die Gemeinde haben, wohl abgesehen von den dargelegten Mehrkosten.

Das hat mich gewundert. Ich habe mich bei der Gemeindeverwaltung erkundigt und zu den Kapazitäten und Belegungsverhältnissen der Kita die nötigen Auskünfte bekommen. Ich möchte mich dafür bei Frau Kurz bestens bedanken. Ich war erstaunt, dass wir tatsächlich 118 Kinder in Zollikofen betreuen.

Ich komme zurück auf Ziffer 6 von Bericht und Antrag: Dort entnehmen wir, dass zudem eine neue Leistungsvereinbarung vorgesehen ist. Dazu kommt, dass die Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF) die neuen subventionierten Plätze vorerst nur bis Ende 2019 bewilligt hat.

Die SVP interpretiert die Situation so, dass für die Kita zurzeit zwar Unsicherheiten bestehen, das Nötige aber vorsorglich geplant und vorbereitet ist. Die Unsicherheiten betreffen weniger die Finanzierung, sondern scheinen eher organisatorischer und vertraglicher Natur, eben mit der neuen Leistungsvereinbarung, zu sein. Für die SVP kommt deshalb ein Verpflichtungskredit zu früh.

Wir sind nicht gegen die neuen Kita-Plätze. Wir lehnen jedoch eine über mehrere Jahre gebundene Ausgabe in der Form eines Verpflichtungskredites ab, solange die neue Leistungsvereinbarung nicht bekannt, der neue Standort der Filiale Farfallina nicht bezogen ist und die Konsequenzen einer Angebotserweiterung nicht dargelegt sind. Wir ziehen vorderhand eine jährliche, dafür aktuelle, normale Budgetierung vor. Und wenn heute Geld benötigt wird, einen Nachkredit. Wir werden der Vorlage mehrheitlich nicht zustimmen und empfehlen dem Rat die Ablehnung des Geschäftes.

Marcel Remund, FDP: Die Erhöhung der Anzahl subventionierter Kita-Plätze und der familienergänzenden Kinderbetreuung bei Tageseltern löst auf Gemeindeebene Zusatzkosten von rund Fr. 32'000.00 gegenüber dem Ist-Zustand aus. Zusätzlich werden die Gesamtkredite verpflichtend gemacht. Nimmt man den Kantonsteil dazu wird die staatliche Tätigkeit in diesem Bereich aufgrund dieses Geschäftes um insgesamt Fr. 160'000.00 ausgebaut. In Zeiten von knappen Mitteln auf Gemeinde- und Kantonsebene ist daher genau hinzuschauen, ob durch diese Zusatzausgaben ein Nutzen ausgelöst wird. Die FDP-Fraktion hat dies geprüft und wird den Krediten zustimmen.

Wir sind der Meinung, dass das Bedürfnis der Bevölkerung aufgrund der langen Wartefristen ausgewiesen ist. Mit der Angebotserweiterung kann eine Erhöhung der Beschäftigungsquote erreicht werden. Die Folgen davon sind eine Erhöhung des Steuersubstrats und allenfalls die Senkung der Sozialhilfeausgaben. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Betreuungsplätze nur zur Verfügung gestellt werden, wenn die Eltern erwerbstätig sind, beziehungsweise eine Arbeit dadurch neu aufgenommen oder das Pensum erhöht werden kann. Dies kann die Gemeinde leider nur bedingt steuern, da die kantonale Verordnung eine Priorität der Platzzuteilung auch aufgrund der sozialen Situation im Elternhaus und der sozialen Integration vorsieht. Wir setzen darauf, dass die zuständigen Behörden im Rahmen der geltenden Verordnung die Kita-Plätze mit Augenmass zuteilen. Es wäre sehr stossend, wenn zum Beispiel eine alleinerziehende Mutter ihre Erwerbstätigkeit aufgeben müsste, weil ein freier Platz einem Kind eines Sozialhilfeempfängers ohne Aussicht auf Aufnahme von Arbeit zugeteilt würde.

Wir haben uns auch die Frage betreffend Auswirkungen des Geschäftes auf die Wartefristen gestellt. Dies wurde vom Gemeinderat bereits beantwortet. Besten Dank dafür. Trotz Zustimmung zu diesem Kredit darf man das aktuelle System der Kinderbetreuungsfinanzierung auch kritisch betrachten. Die Kosten pro Platz betragen Fr. 17'500.00 im Jahr. Das ist hoch. Hervorgehoben wird dies durch eine Überregulierung; sei es, was die Anforderung an die Ausbildung der Betreuungspersonen anbelangt oder im Baubereich. Die Gemeinde hat da einmal mehr wenig Einflussmöglichkeiten, da dies meistens übergeordnet geregelt ist. Die direkte Subventionierung eines Anbieters ist zudem nicht ideal. Eine Variante, zum Beispiel via Betreuungsgutscheine, würde eine Angebotsvielfalt ermöglichen und dadurch die Kosten senken.

Marceline Stettler, GFL: Familienergänzende Kinderbetreuung ist weder Luxus noch ein Zeichen von verantwortungslosen oder gar arbeitsscheuen Müttern. Es ist mehr ein Bedürfnis, ja eine Notwendigkeit für Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Wohle aller. Aus diesem Grund unterstützt die GFL diesen Antrag für acht weitere subventionierte Kita-Plätze voll und ganz. Wir begrüssen ebenfalls die neuen privaten, also nicht subventionierten Kita-Plätze, weil eine gute soziale Durchmischung der Gruppen für die Entwicklung der Kinder wichtig ist.

In der heutigen Zeit gibt es Familien, in denen Mütter arbeiten müssen und die folglich auf einen Kita-Platz angewiesen sind. Und es gibt Mütter, die arbeiten wollen. Auch sie wollen ihre Kinder gut betreut wissen.

Der Bedarf dieser Erweiterung ist für uns unbestritten, vor allem auch, weil selbst nach dieser Erweiterung des Angebots die „Verweildauer“, wie es der Sozialdienst elegant nennt, trotzdem noch bis zu zwei Jahre dauern kann. Wir sind uns aber der zusätzlichen und wiederkehrenden

finanziellen Auswirkung durchaus bewusst, es ist nicht wenig Geld. Aber es ist Geld, das sinnvoll und zukunftsorientiert eingesetzt ist. Die GFL wird beiden Verpflichtungskrediten zustimmen und dankt an dieser Stelle allen Beteiligten für ihren Einsatz.

Philip Steiner, SP: Vorab unser Dank an den Gemeinderat für den klar formulierten Bericht und Antrag sowie dem Gemeinderat und der Finanzkommission für die positive Stellungnahme, respektive die Befürwortung des Geschäftes.

Die SP unterstützt den Antrag aus folgenden fünf Gründen einstimmig: Erstens sehen auch wir einen klaren Bezug zum Leitbild und begrüssen, dass der Gemeinderat unter anderem den Angebotsausbau der Kita als einen Schwerpunkt im laufenden Jahr festgelegt hat. Die bestehende Wartefrist von drei Jahren erachten wir als suboptimal.

Zweitens hat für uns das Erlangen einer höheren Planungs- und Rechtssicherheit einen grossen Stellenwert. Dies insbesondere, wenn man bedenkt, dass zurzeit mehr als 100 Familien die familienergänzende Kinderbetreuung in Anspruch nehmen und 29 Arbeitsstellen direkt davon betroffen sind.

Drittens: Die Höhe der entstehenden Mehrkosten des Selbstbehalts von Fr. 26'000.00 pro Jahr erscheinen uns in Anbetracht der Kosten, welche der Gemeinde entstehen würden, wenn diese Erweiterung nicht zustande käme, als vertretbar.

Viertens entstehen keine anderen, nicht-finanziellen Mehraufwände für die Gemeinde, was als positiv zu werten ist.

Fünftens: Die zeitliche Begrenzung; wir verstehen die Bewilligung der zwei wiederkehrenden Verpflichtungskredite als zeitlich bis 2019 begrenzt. Zum heutigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass die gesamte Verbundaufgabe rund um die familienergänzende Kinderbetreuung gegen Ende dieses Jahrzehnts zwischen den Gemeinden und dem Kanton neu geregelt wird.

Zwei kleinere Kritikpunkte seien aber noch angemerkt. Erstens: In Bericht und Antrag haben wir die Argumentation vermisst, welche Kosten der Gemeinde entstehen würden, wenn diese oder auch zukünftige Kita-Plätze nicht zur Verfügung gestellt würden. Die SP ist der Meinung, dass bei diesem Thema sowieso Kosten entstehen. Die Finanzierung von Betreuungsplätzen wäre somit in Relation zu setzen mit Mindereinnahmen bei der Einkommenssteuer und Mehrausgaben im Sozialbereich und einer sinkenden Wohn- und Arbeitsplatzattraktivität.

Zweitens: Als Orientierungspunkt für zukünftige Diskussionen rund um Kita-Angebote erscheint es uns sinnvoll, dass die Gemeinde speziell in punkto Wartefristen für subventionierte Kita-Plätze spezifischer wird und ein klares Ziel vorgibt. Dies würde dann erlauben, dass aufgrund des Erreichens oder Verfehlens eines Wartefristziels, das Angebot gesteuert würde.

Ein kurzer Schlusskommentar zu meiner Vorrednerin von der SVP. Die Kosten, welche entstehen, sind uns bewusst. Und dass die heutigen Zeiten nicht zum Geld ausgeben animieren, ist uns auch klar. Aber wir finden, dass die Gemeinde diese Aufgabe schon jetzt mit starker Zurückhaltung wahrnimmt, man kann hier nicht von einer "sportlichen" Situation reden, in der die Gemeinde finanziert ohne Ende.

Erneut besten Dank den Verfassern, wir werden dem zustimmen.

Präsident: Gibt es noch weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Peter Kofel, GFL: In Bericht und Antrag, Unter dem Titel "Aktuelles Betreuungsangebot", Seite 2, Punkt a steht: "*Vorrang haben Kinder von Eltern, die zur Existenzsicherung erwerbstätig*

*sein müssen, und Kinder, die aufgrund der sozialen Situation im Elternhaus dringend eine familienergänzende Betreuung benötigen".*

Bei Punkt b steht: *"Falls darüber hinaus Plätze vorhanden sind, können Kinder aufgenommen werden, die wegen der Erwerbstätigkeit der Eltern oder für ihre soziale Integration eine familienergänzende Betreuung benötigen."*

Ich möchte gerne wissen, wieviel der prozentuale Anteil Kinder unter "a" ausmacht und wieviel unter "b".

Präsident: Wir nehmen die Frage so entgegen. Hat der Gemeinderat bereits eine Antwort?

Sabine Huber, Gemeinderätin: Wir können die Frage hier und heute nicht beantworten, nehmen sie aber gerne als Einfache Anfrage entgegen.

Präsident: Hat der Gemeinderat noch eine abschliessende Bemerkung?

Gemeinderat (Schlusswort): Keine Bemerkungen.

Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung. Punkt A, dem jährlich wiederkehrenden Verpflichtungskredit von Fr. 45'500.00 für die Aufwendungen der familienergänzenden Kinderbetreuung bei Tageseltern. Wer dem zustimmen möchte, erhebe die Hand.

#### Abstimmung

##### A) In eigener Kompetenz:

**Ein jährlich wiederkehrender Verpflichtungskredit von Fr. 45'500.00 für die Aufwendungen der familienergänzenden Kinderbetreuung bei Tageseltern (Selbstbehalt) wird zu Lasten der Erfolgsrechnung (Konto 5452.3635.01) mit 24 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen bewilligt.**

Präsident: Wir kommen zu Antrag B, dem jährlich wiederkehrenden Verpflichtungskredit von Fr. 147'000.00 für die Aufwendungen der familienergänzenden Kinderbetreuung in der Kita. Er unterliegt dem fakultativen Referendum. Wenn Sie einverstanden sind, erheben Sie die Hand.

#### Abstimmung

##### B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

**Ein jährlich wiederkehrender Verpflichtungskredit von Fr. 147'000.00 für die Aufwendungen der familienergänzenden Kinderbetreuung in der Kita (Selbstbehalt) wird zu Lasten der Erfolgsrechnung (Konto 5451.3635.91) mit 24 Ja- zu 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen bewilligt.**

---

38    25.321.    Verpflichtungskredite

#### **Gebäudesanierung Werkhof und Feuerwehrmagazin; Abrechnung Verpflichtungskredit**

Präsident: Das Eintreten ist vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Johanna Thomann, GPK: Die Begründung der Minderkosten in der Arbeitsgattung 224, Bedachungsarbeiten ist unpräzise. Die GPK möchte wissen, was für ein Angebot unterbreitet wurde und warum es so viel günstiger war als angenommen.

Präsident: Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Die Frage der GPK betreffend die Minderkosten für die Bedachungsarbeiten kann ich folgendermassen beantworten: Für die Kreditvorlage wurde eine Richtofferte eingeholt. Diese belief sich auf rund Fr. 84'000.00. Für die Ausführung wurden drei Offerten aufgrund eines Leistungsverzeichnisses eingeholt. Das heisst, dass alle drei Unternehmen die gleichen Leistungen rechneten. Die Preise der drei Offerten differenzierten stark. In der ersten Offerte war der Preis rund Fr. 59'800.00, in der zweiten rund Fr. 65'200.00 und in der dritten Fr. 86'000.00. Somit konnten die Arbeiten deutlich unter dem Kostenvorschlag vergeben werden.

Präsident: Nun sind die Fraktionen an der Reihe.

Bruno Mosimann, SVP: Es ist eine rundum gelungene Sanierung. Der nötige Platzbedarf für den Bau des Hochcontainerbüros konnte man kompensieren ohne Einbussen machen zu müssen. Mit dieser Lösung gab es keine Einschränkungen für den operativen Einsatzbetrieb der Feuerwehr.

Im Weiteren ist eine neue, effiziente Beleuchtung montiert worden, welche sicher Zukunft sein muss und für die Feuerwehr und den Werkhof viel bringt. Infolge Wassereintrittes wurde eine Dachsanierung vorgenommen und zwar beim Werkhofgebäude. Zudem wurde ein pflegeleichteres Bodensystem für die Hallenböden gewählt. Alles in allem eine "gfröite" Sache mit der Sanierung von Feuerwehr und Werkhof. Nicht zuletzt wegen der Kostenunterschreitung von Fr. 48'635.55.

In der Fraktion wurde auch diskutiert, weshalb man beim Wassereintritt im Dach des Werkhofes nicht auch gleich das Dach Feuerwehrmagazin berücksichtigt hat. Wie wir wissen, haben bereits wieder eine Zahl von Fr. 1'700.00 im Budget 2017 für die Sanierung von Dachkuppeln. Solche möglicherweise vorhersehbaren Sanierungsarbeiten hätte man bestimmt bereits machen können, als man festgestellt hatte, dass im Dach Werkhof eine undichte Stelle war. Es ist schade, dass man erst im Nachhinein solche Sachen feststellt. Es hätte in diesem Budgetposten mit dieser Kostenunterschreitung alleweil Platz gehabt.

Wenn Objekte zur Sanierung anstehen, würden wir anregen, jeweils etwas besser hinzuschauen bei der ersten Besichtigung. Nichtsdestotrotz ist es ein positives Geschäft und die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Präsident: Gibt es weitere Fraktionsvoten? Das ist nicht der Fall. Voten der Ratsmitglieder? Das ist ebenfalls nicht der Fall. Hat der Gemeinderat Bemerkungen zum Schluss?

Joseph Crettenand, Gemeinderat (Schlusswort): Bruno Mosimann hat den Ersatz Lichtkuppel auf dem Flachdach des Feuerwehrmagazins kommentiert. Die Bedachungsarbeiten wurden nur beim Flachdach des Werkhofes durchgeführt. Die Lichtkuppeln auf dem Dach des Feuerwehrmagazins sind spröde und weisen an den Befestigungspunkten bereits Risse auf. Um ein Eindringen von Wasser zu vermeiden, müssen alle sechs Lichtkuppeln ersetzt werden. Diese Schäden wurden erst in diesem Jahr bei der jährlichen Dachkontrolle durch eine Fachfirma entdeckt. Der Ersatz ist im Budget 2017 mit einem Betrag von Fr. 5'700.00 vorgesehen. Das hätte Platz im Kredit gehabt, wenn man damals die Dachkontrolle bereits durchgeführt hätte.

Präsident: In Anwendung von Art. 53 GOGGR stelle ich fest:

- 1. Die Abrechnung (Sanierung Werkhof) mit Kosten von Fr. 129'286.80 mit einer Unterschreitung von Fr. 41'513.20 wird zur Kenntnis genommen (Konto 6191.5040.01).**

---

**2. Die Abrechnung (Sanierung und Innenraumerweiterung Feuerwehrmagazin) mit Kosten von Fr. 108'677.65 mit einer Unterschreitung von Fr. 7'122.35 wird zur Kenntnis genommen (Konto 1500.5040.01).**

---

39 1.92.2 Postulate

**Postulat André Tschanz betreffend "Kunststoff- und Tetrapack-Recycling auch in Zollikofen?"; Erheblicherklärung**

Präsident: Es geht um die Erheblicherklärung. Die Antwort des Gemeinderates liegt vor. Das Wort hat der Postulant.

André Tschanz, EVP: Ich möchte ein paar Sachen zum Sack, welcher in Münchenbuchsee verwendet wird, ergänzen. Die in der Antwort erwähnten 40 % Hauskehricht sind Kunststoffe, die nicht wiederverwertet werden können. Diese dienen als Ersatzbrennstoff in der Zementindustrie und ersetzen Kohle oder Rohöl.

Nur sortenreine Kunststoffe können wiederverwertet werden. Um dies zu erreichen, wird der Inhalt der Säcke maschinell sortiert, momentan im grenznahen Ausland, das Ziel wäre aber, dass es in der Schweiz auch eine Sortieranlage geben könnte, dies wenn die Menge gross genug ist.

Weiter wurden in den Sammelsäcken nur zwischen 0,7 und 1,6 % PET-Getränkeflaschen gefunden, diese sollen auch weiterhin separat gesammelt werden.

In Münchenbuchsee wurde mit einem Postulat der FDP anfangs 2014 die Einführung von Kunststoffrecycling gefordert. In seiner Antwort von diesem Jahr zieht der Gemeinderat folgendes Fazit: *"Durch die Einführung der Kunststoffsammlung in Münchenbuchsee konnten im Jahr 2015 circa 4'400 Liter Erdöl oder 11,4 Tonnen CO2 eingespart werden."*

Zum Recycling von Getränkekartons: Swiss Recycling sagt in einem Positionspapier vom September 2015, dass das Sammeln und Verwerten von Getränkekartons grundsätzlich Sinn macht. Die Umweltbelastung könne um 25 bis 50 % reduziert werden.

Die Schweizer Firma Model investiert in eine neue Recyclinganlage für Getränkekartons und schwerlösliche Papiere, sie soll im ersten Quartal 2017 in Betrieb gehen, dort sollen Getränkekartons und schwer lösliche Papiere recycelt werden können.

Der Sack, welcher in der Antwort beschrieben wurde, wäre eine Möglichkeit. Man könnte aber auch Sammelcontainer für Getränkekartons aufstellen. Es gibt auch einen Sack in dem nur Flaschen und Kartons recycelt werden.

Es würde sich lohnen, vertiefter zu prüfen, wie man der Bevölkerung Zollikofens das Plastikrecycling anbieten könnte. Ich bin überzeugt, dass wenn die Möglichkeit bestehen würde, sie auch genutzt würde.

Präsident: Gibt es Bemerkungen des Gemeinderates?

Peter Traber, Gemeinderat: Wir sind uns bewusst, dass das Postulat ein Anliegen aufzeigt, das der Bevölkerung wichtig ist. Aus ökonomischen und ökologischen Überlegungen ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass sich die Sammelform noch nicht empfiehlt. Dies lohnt sich nur dann, wenn jede Kunststoffart separat gesammelt wird, zum Beispiel Plastikflaschen von Milchprodukten, von Wasch- und Putzmitteln, dann kann es auch stofflich richtig verwendet werden. Werden aber alle Plastikflaschen, Fleischverpackungen und Weiteres in

den Sack gegeben, dann senkt das den Reinheitsgrad der recycelten Stoffe und erhöht danach den Sortieraufwand. Deshalb beantragt der Gemeinderat, das vorliegende Postulat abzulehnen.

Wie sich aber der Bereich Kunststoffsammlung entwickelt, bleibt offen. Dazu haben wir zwei Hinweise. Eine von uns angeschauten Möglichkeit war die Abgabe via Mehrzwecksammelstelle. Es ist aber nicht möglich, Kunststoffabfälle dort abzugeben. Die Abgabe von Säcken auf der Sammelstelle würde voraussetzen, dass eine Ballenpresse eingebaut werden müsste. Die abgelieferten Volumina sind so gross, dass keine entsprechenden Lagerplätze mehr vorhanden sind. Eine Ballenpresse ist heute in der Mehrzwecksammelstelle nicht vorhanden und müsste zum Preis von circa Fr. 10'000.00 beschafft werden.

In Anbetracht der bevorstehenden Auslagerung der Abfallsammelstelle an einen privaten Betrieb, ist die Einführung des umstrittenen Recyclings nicht empfehlenswert. Es ist aber gut möglich, dass ein künftiger Betreiber auf der Abfallsammelstelle diese Leistung anbieten würde.

Wenn wir aber von Ökologie reden, muss man berücksichtigen, dass viele Anlieferungen zu einer Sammelstelle mit Privatautos erfolgen, was auch nicht ökologisch ist. Ein grosser Teil des Umweltnutzens würde damit zunichte gemacht.

Eine zweite Überlegung: Zur Zeit laufen verschiedene Versuche mit Kunststoffsammlungen. Sie werden wissenschaftlich begleitet und auch ausgewertet. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse kann dann die Situation unter Umständen neu beurteilt werden.

Eine letzte Bemerkung: Im Dokument zum vorliegenden Postulat ist ein Link. Er funktioniert leider nicht. Im Juli wurde eine neue Publikation zu Kunststoffsammlungen in den Gemeinden publiziert.

Präsident: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Stefan Stock, FDP: Die FDP begrüsst nachhaltige Lösungen und Recycling ist zweifelsohne eine gute Sache. Das vorgelegte Postulat kommt jedoch zu einem ungünstigen Zeitpunkt und will der Gemeinde zusätzliche Aufgaben überwälzen, welche unter Umständen durch Private besser gelöst werden. Ich komme zu den Gründen.

Erstens: Wie recyceln wir heute? Der Kunde sammelt PET, Glas, Blech, Batterien oder Elektronik, bringt sie zum Grossverteiler und legt die Produkte getrennt voneinander in die dafür vorgesehenen Behälter. Dies ist für den Kunden kostenlos. Plastikflaschen können schon heute bei Coop und Migros abgegeben werden. Ein Teil des Postulats ist also bereits erfüllt.

Zweitens: Der heutige Stand des Kunststoffrecyclings ist ein Durcheinander! Ich wurde von verschiedenen Seiten angegangen, unsere Nachbargemeinde Münchenbuchsee habe das System im Mai 2016 eingeführt. Ich habe recherchiert, unter anderem in der NZZ. Münchenbuchsee ist trotz Testphase im 2014 keine Pionierin. Der Kanton Obwalden hat sein System mit Sammelcontainern nach 10 Jahren eingestampft. Der Kanton Aargau ist mit dem BAFU und Economiesuisse einen Ressourcen-Trialog eingegangen, der seit 2007 die Möglichkeiten auslotet, um per 2030 ein entsprechendes Leitbild zu erarbeiten. Die EMPA führt seit Oktober 2015 in Thurgau ein Monitoring mit gemischten Sammelsäcken durch. Bei Aldi läuft seit kurzem in der Ostschweiz ein Testbetrieb für die Abgabe von Kunststoffen und Tetrapack in den Filialen. Da dieses wie zum Beispiel bei PET für den Verursacher nichts kostet, ist eine hohe Recycling-Quote zu erwarten. Kurz: In verschiedenen Ecken der Schweiz werden unterschiedliche Systeme getestet. Die FDP ist der Meinung, dass Zollikofen heute keinen eigenen Testbetrieb aufbauen sollte.

Welche Faktoren sind ausschlaggebend beim Recycling? Es gibt nur zwei: Das Recycling funktioniert nur dort, wo die Haushalte einen geringen Mehraufwand haben und gemischte Kunststoff-Sammlungen sind aufwendig und teuer, weil die Abfälle industriell sortiert und gereinigt werden müssen. Das sage nicht ich, das sagt eine Expertin einer auf Recycling spezialisierten Firma. Ich sage zusätzlich: Der Kunde lernt über das Portemonnaie. Das Beispiel aus Münchenbuchsee zeigt: Der gemischte Kunststoffsack kostet 70 Rappen weniger als der Hausmüll. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich 40 Volumenprozent normaler Hausmüll darin verirren. Das Argument, wonach dieser in den Zementwerken als Alternativbrennstoff verwertet werden kann, greift nicht, da das Zementwerk den Brennstoff einkaufen kann, wo es will, also auch auf traditionellen Abfallsammelstellen.

Ein Beispiel für Zollikofen: Bei kommunalen Sammlungen à la IG Recycling-Sack zahlt die Gemeinde Fr. 1.50 pro 35-Liter Sack. Die Gemeinde darf selbst entscheiden, wieviel die Privatperson für den Sack bezahlen soll. Der Zollikofner zahlt derzeit Fr. 1.35 für den Hausmüll, also 15 Rappen weniger. Wer zahlt die Differenz? Ausserdem werden der Gemeinde Zollikofen weitere Pflichten übertragen: Abgabe der Marken, Sammelgefäss auf dem Werkhof, neue Aufgaben der Mitarbeiter vor Ort. Gemäss einer Umfrage von SwissRecycling in verschiedenen Städten vom Juni 2016, sagt zum Beispiel die Stadt Zug, dass sie auf das System der gemischten Sammlung unter Anderem deshalb verzichtet, weil es hohe versteckte Kosten gäbe. Peter Traber hat das Beispiel der Ballenpresse genannt.

Fazit: Die Schweiz kennt ein gut funktionierendes Recycling-System mit getrennter Sammlung in privater Hand. Im Bereich Kunststoff befinden wir uns in der Testphase. Ich erinnere daran, dass Zollikofen über einen Aldi verfügt. Noch ist unklar, wann Zollikofen von diesem Service profitieren kann. Sicher ist jedoch: Sobald Aldi sein System in Zollikofen anbietet, wäre der kostenpflichtige, gemischte Sammelsack am Ende. Gerade weil mittelfristig ein neuer Werkhof gebaut werden soll, sollte Zollikofen heute nicht etwas planen, dass bei Fertigstellung bereits wieder überholt ist. Die FDP lehnt die Erheblicherklärung des Postulats ab.

Petra Spichiger, SP: Die SP-Fraktion hat lange über dieses Postulat diskutiert. Der Grundgedanke des Recyclierens ist für uns ganz klar unterstützungswürdig. Aber die Argumente des Gemeinderates sind für uns auch nachvollziehbar. Eigene Recherchen haben gezeigt, dass das Bundesamt für Umwelt bis vor drei Wochen von einer solchen Sammlung abgeraten hat, nun tut es das nicht mehr, empfiehlt aber auch nicht explizit eine Sammlung. Was ist nun der richtige Weg? Das wissen wir nicht. Um jedoch ein ökologisches Zeichen zu setzen, wird die SP-Fraktion dem Postulat zustimmen.

Marco Bucheli, SVP: Auch unsere Fraktion schliesst sich der gemeinderätlichen Haltung an. Natürlich sind wir nicht gegen Recycling. Der Gemeinderat stützt sich auf die Fachorganisationen und Swiss Recycling, die das erstaunlicherweise ablehnt. Wahrscheinlich ist das System noch zuwenig ausgereift. Es laufen verschiedene Projekte, wenn dann etwas Konkretes vorliegt, könnte man das flächendeckend einsetzen.

Bruno Vanoni, GFL: Ich habe das Gefühl, als ob es in der Diskussion des Postulates darum gehen würde, morgen gleich mit Sammeln zu beginnen. Es ist ein Postulat, welches besagt, dass Möglichkeiten geprüft werden sollen. Aus der schriftlichen Antwort des Gemeinderates geht hervor, dass nur eine einzige Möglichkeit geprüft wurde. Indem wir nun das Postulat erheblich erklären, erhalten wir lediglich die Gelegenheit, auch noch andere Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. Ich betone: es müsste weder morgen noch übermorgen sein. Sondern zum Beispiel im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Sammelstelle. Diese wurde ausgeschrieben. Ich habe versucht, Informationen darüber einzuholen, sie sind leider noch nicht bei mir eingetroffen. Auf dem Gerüchteweg habe ich aber gehört, dass in der Ausschreibung von den künftigen Betreiberfirmen verlangt wird, dass sie Kunststoff entgegen nehmen sollen. Nicht nur PET, sondern auch andere Kunststoffformen. Dann wäre ja denkbar, dass eine neue Betreiberin einer solchen Sammelstelle eine Presse anschafft oder bereits eine besitzt. Das wäre eine andere Ausgangslage.

Ich möchte damit Folgendes sagen: Wenn wir das Postulat erheblich erklären, ein wenig Geduld hätten mit dem Prüfen des Auftrags und nicht erwarten, dass er schon in den nächsten zwei drei Monaten abgeklärt werden muss, dann könnten die Entwicklungen geprüft und in eine abschliessende Beurteilung einbezogen werden.

Der Gemeinderat stützt sich in seiner Argumentation im Wesentlichen auf Swiss Recycling, die mit einer Unterorganisation des Städteverbandes zusammenarbeiten soll. Swiss Recycling tönt sehr umfassend. Aber auch die Abfallbranche ist ein Wirtschaftszweig und es gibt verschiedene Interessen, um den Abfall wird gekämpft. Es gibt den Kampf der Kehrichtverbrennungsanlagen, welche möglichst viel Kehricht wollen, weil sie daraus Strom produzieren. Auf der anderen Seite wollen die Abfallverwerter ihre Rohstoffe zurückgewinnen. Swiss Recycling ist nichts anderes als der Zusammenschluss derer, die bereits heute Separatsammlungen machen. Alu oder PET. Und sie wollen ihr bisheriges Anliegen ganz einfach weiter betreiben können. Das ist gut und recht, wir haben gute Sammelquoten und das soll auch so bleiben.

Aber jetzt geht es eben um Kunststoff. Im Vergleich mit dem Ausland haben wir hier eine lausige Sammelquote. Ich möchte auf eine "unverdächtige" Stelle eingehen. Es ist die Stiftung "Push". Sie schult Gemeinden, was man im Bereich Umweltschutz tun kann. Diese Stiftung hat die meisten Argumente, welche hier und heute dargelegt wurden, widerlegt. Sie kommt zum Schluss, dass es keinen triftigen Grund gibt, die Bevölkerung daran zu hindern, freiwillig Kunststoff zu sammeln und damit einen Beitrag an den Umweltschutz zu leisten.

Sie geht auch von den Erfahrungen aus, die in den Gemeinden gemacht wurden, die Kunststoff sammeln. 186 sind es gesamtschweizerisch. In der Ostschweiz gibt es zum Teil flächendeckend Kunststoffsammlungen. Dort hat man festgestellt, dass die separate PET-Sammlung damit nicht konkurrenziert wird. Die Leute sind also in der Lage, PET und andere Kunststoffe getrennt voneinander zu sammeln.

Push kommt zum Schluss, dass Kunststoffe gesammelt und stofflich wiederverwertet werden sollten. Man könnte eine grosse Einsparung in der CO<sub>2</sub>-Belastung machen. Bis zu 700'000 Tonnen Kunststoff werden jährlich einfach verbrannt.

Die pauschale Aussage des Gemeinderates, dass Sammelsäcke für gemischte Kunststoffe weder die Umwelt noch die Ressourcen schonen würden, ist aufgrund der Fakten nicht haltbar. Ich habe erläutert, was für das Postulat spricht. Es geht darum, verschiedene Systeme zu prüfen, im Auge zu behalten und nicht nur eines schlecht zu machen, welches in unserer Nachbargemeinde offensichtlich recht gut funktioniert. Das Postulat der FDP Münchenbuchsee wurde zuerst unbestritten erheblich erklärt, dann als erheblich abgeschrieben, weil das Sammeln eben funktioniert.

Ein anderer Grund, weshalb man hier nun nicht einfach Nein sagen sollte: Der Bund hat kürzlich die Rechtsgrundlagen über die Abfallentsorgung geändert und hat neu formuliert, dass das oberste Ziel die Vermeidung von Abfällen ist und das müsste man hochhalten. Das zweitwichtigste ist die Verwertung der Rohstoffe, welche in den Abfällen sind. Und erst an dritter Stelle kommt das, worauf bisher grosser Wert gelegt wurde, nämlich die Entsorgung der Abfälle in den Verbrennungsanlagen und Deponien. Im Kanton Bern hat man bisher noch nicht erfahren, wie die Regierung und Verwaltung die neuen Bundesregelungen umsetzen will. Es sind aber Vorstösse hängig und in Kürze wird man vom Kanton hören, welche Möglichkeiten er sieht und vorschlägt; und vielleicht auch den Gemeinden empfiehlt, mehr zu sammeln und wieder zu verwerten.

Zum letzten Argument für das Postulat. Die Ausschreibung für die neue Mehrzwecksammelstelle ist erfolgt. Meines Wissens soll die neue Betreiberfirma auch Kunststoff entgegennehmen. Mit diesem Postulat können wir ein Zeichen setzen, dass wir die neue Sammelstelle nicht einfach nach dem System "gäng wie gäng" aufbauen sondern dass wir mit den Betreibern

nach Wegen suchen und Ihnen ermöglichen, neue Wege für verbessertes Recycling einzuschlagen. Ich finde es richtig, zu sagen, man könne das alles auch in den Aldi bringen. Dort kann man PET einwerfen. Aber wenn man Sachen in Sammelstellen bringt, kann es nicht sein, dass man für PET dann ins Migros muss oder sonstwohin. Die Sammelstelle muss alles entgegennehmen können.

Auch unsere bewährte Sammlerin, die Firma Schwendimann in Münchenbuchsee, ist der Meinung: Ökologisch am besten wäre, dass die Leute die Abfälle nicht in die Sammelstelle bringen, sondern in Säcken am Strassenrand deponieren. Denkbar wäre, dass die Säcke einmal wöchentlich oder einmal monatlich abgeholt würden. Ich hoffe immer noch, dass Sie das Postulat überweisen.

Toni Oesch, FdU: Für mich war immer klar, dass etwas gemacht werden muss. Dieses Postulat wurde aber nicht richtig geprüft. Wir haben Zeit, dies zu beurteilen, auch in ein oder zwei Jahren. Dann sieht man, wie sich die Sache entwickelt hat.

Es wurde gesagt, es fehle an Platz. Nun habe ich gehört, dass ausgeschrieben wird. Ich habe nun eine Frage, welche vielleicht nicht sofort beantwortet werden kann, deshalb stelle ich sie als Einfache Anfrage: Was hat der Gemeinderat mit dem Land im Sinn, das mit der Abstimmung Lättere übernommen werden konnte? Dort ist Hess darauf, er müsste rasch weg. Er ist mitten in den Hochhäusern und erzeugt viel Lärm. Deshalb ist das Argument, wir hätten nicht genügend Platz, falsch. Ich weiss nicht, ob Sie das berücksichtigt haben bei der Ausschreibung. Es wäre aber wichtig, wenn dieser Platz für das Recycling genutzt werden könnte.

Präsident: Das Wort ist weiter offen. Der Postulant wünscht das Wort.

André Tschanz, EVP: Ich möchte ergänzen, damit man das Verhältnis sieht, was alles an Kunststoffen anfällt. Es sind über 60 % Schalenbehälter, Becher, Folien, die mit den heutigen Möglichkeiten nicht entsorgt werden können.

Präsident: Möchte der Gemeinderat Ergänzungen vornehmen?

Peter Traber, Gemeinderat: Besten Dank für die Rückmeldungen. Es ist ein interessantes Postulat und auch ein wichtiges Anliegen. Darum möchte ich Bruno Vanoni entgegen, dass der Gemeinderat das Recycling nicht schlecht gemacht hat. Wir stellen einfach fest, dass die Voraussetzungen für einen optimalen Betrieb noch nicht gegeben sind. Wir werden das Thema weiterverfolgen. Das Anliegen von Toni Oesch nehmen wir als Einfache Anfrage entgegen.

Präsident: Wir stimmen ab. Wer das Postulat André Tschanz betreffend "Kunststoff- und Tetrapack-Recycling auch in Zollikofen?" erheblich erklären will, erhebe die Hand.

### **Abstimmung**

**Das Postulat André Tschanz betreffend "Kunststoff- und Tetrapack-Recycling auch in Zollikofen?" wird mit 16 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen erheblich erklärt.**

---

40    1.92.2    Postulate

**Postulat Jürg Jenni und Mitunterzeichnende betreffend "Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen"; Erheblicherklärung**

Präsident: Es geht um die Erheblicherklärung. Das Wort hat der Postulant.

Bruno Vanoni, GFL: Jürg Jenni musste kurzfristig beruflich ins Ausland reisen und deshalb vertrete ich ihn. Besten Dank dem Gemeinderat für die Antwort und die Bereitschaft, das Postulat erheblich erklären zu lassen. Sie konnten lesen, dass in allen Parlamentsgemeinden der Kernregion Bern solche Postulate eingereicht wurden. Ein Teil wurde von den jeweiligen Parlamenten oder zumindest der Exekutive bereits positiv entgegengenommen. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn Zollikofen hier nicht ausscheren würde. Der Gemeinderat zeigt in seiner Antwort eine Möglichkeit auf, in welche Richtung man denken könnte. Das ist eine Art Umbau oder Reorganisation der Regionalkonferenz Bern-Mittelland, die ein viel grösseres Gebilde ist. Der Gemeinderat verwirft diese Möglichkeit, unserer Meinung nach zu Recht. Es war nicht die Idee derer, welche das Postulat auch in anderen Gemeinden eingereicht hatten. Es geht um ein kleineres, informelles Gremium, "Resonanzgruppe", heisst es im Wortlaut. Uns ist wichtig, dass im Postulat erwähnt wird, dass in den Resonanzgruppen auch die Parlamente miteinbezogen werden sollten. Das Hauptanliegen ist zudem ganz klar, dass man in der Kernregion versucht, mehr zusammenzuarbeiten, dort wo es Sinn macht und Nutzen bringt.

Wir schliessen uns den Vorstössen der anderen Gemeinden an. Aus unserer Sicht ist es komisch, wenn wir mit der Stadt zusammenarbeiten würden, aber mit Münchenbuchsee nicht. Sinnvoll ist also eine weitere Zusammenarbeit mit Münchenbuchsee, auch wenn die Gemeinde nicht dabei ist. Der Gemeinderat darf dies bei gerne auch bei Sitzungen mit den anderen Gemeinden einbringen. Ich danke Ihnen für die Stellungnahme und hoffe, dass Sie sich der Erheblicherklärung anschliessen können.

Präsident: Gibt es Bemerkungen des Gemeinderates?

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Beim vorliegenden Vorstoss handelt es sich um einen Prüfungsauftrag. Deshalb ist der Gemeinderat auch bereit, darauf einzutreten. Insbesondere in Bezug auf die im Titel erwähnte Stossrichtung, nämlich "die gemeinsame Entwicklung der Kernregion Bern" erachtet der Gemeinderat das Anliegen als prüfenswert. Eine gut vernetzte und starke Kernregion ist unter anderem eine wichtige Grundlage für die Bewältigung der im Bericht erwähnten Herausforderungen und die Entwicklung der Gemeinde Zollikofen. Der Gemeinderat spricht sich deshalb in verschiedenen Bereichen auch immer wieder für die koordinierte Zusammenarbeit mit den Gemeinden der Kernagglomeration aus.

Ob dies dann in der Form der vorgeschlagenen Resonanzgruppe oder in einem andern Gremium passieren soll, muss genau abgeklärt werden. Die Grösse und personelle Zusammensetzung dieses Gremiums müsste genau definiert werden. In der Regel haben sich aufgabenbezogene Arbeitsgruppen mit den direkt beteiligten Gemeinden eher bewährt, als grosse Gremien mit allzu abstraktem oder zu allgemein gehaltenem Aufgaben- und Tätigkeitsgebiet. Der Gemeinderat wird hier die Gemeindeverfassung Zollikofen als Richtschnur nehmen, und Bestrebungen dann weiterverfolgen, wenn die Aufgaben und Problemstellungen so wirksamer und kostengünstiger gelöst werden können.

Die Frage der Erheblicherklärung kann, etwas weiter gefasst, auch mit der allgemeinen Haltung zur überkommunalen Zusammenarbeit interpretiert werden. Eine Ablehnung könnte der Gemeinde Zollikofen auch als Verschlossenheit und "Fahren mit dem Rückspiegel" ausgelegt werden. Das wollen wir nicht. Hingegen ist es mir wichtig zu betonen, dass mit einem Ja zum Postulat keineswegs der Idee von "Bern neu gründen" Vorschub geleistet wird. Im Gemeindeleitbild steht klar und deutlich, dass Zollikofen auch in dreissig Jahren eigenständig sein soll, und damit nicht Bestandteil von Gross-Bern.

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, dass Postulat als Prüfauftrag aus den vorgenannten Gründen erheblich zu erklären.

Präsident: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Stefan Stock, FDP: Am Samstag waren wir in der Gemeinde Buchholterberg und haben erfahren, wie schwierig die Gemeinde Ihre Anliegen beim Kanton und anderen Gremien einbringen kann. Zweifelsohne hat die Kernregion Bern auch eigene Anliegen, welche effizienter in einem entsprechend kleinräumigen Gremium bearbeitet werden können. Wir begrüssen die pragmatischen Ansätze in der Antwort des Gemeinderates: "Informelle Zusammenarbeit in aufgabenbezogenen Arbeitsgruppen oder aber die Bildung eines Sektors „Kernregion Bern“ innerhalb der Regionalkonferenz. Die Idee wurde vom Gemeinderat übrigens nicht verworfen, nur der Text ist etwas schwierig verständlich. Bestehenden Strukturen sollte der Vortritt gewährt werden, bevor bürokratische Wasserköpfe kriert werden. Wir unterstützen die Erheblicherklärung des Postulats.

Toni Oesch, FDU: Als Vorbemerkung: Ich danke, dass wir als "Kleine" einmal zu Beginn sprechen dürfen, das ist nur bei den Parlamentarischen Vorstössen möglich.

Einmal hat ein ehemaliger Gemeindepräsident der Gemeinde Muri eine Zahl genannt: Agglo Bern umfasse 300'000 Personen. Deshalb bin ich bei der Nennung von 240'000 etwas erschrocken. Auch Moosseedorf mit der Industrie gehört zur Stadt. Auch Münchenbuchsee. Es ist aber ein anderer "Bezirk". Die Allmend gehört geographisch eigentlich zu Zollikofen, ich machte mal einen Vorstoss, das Gebiet einzuzonen. Da sind alle aufgesprungen. Da sollte man wieder mal etwas unternehmen.

Wir haben andere Bereiche in der Agglo, bei denen man fragen könnte. Es geht nicht um Gross oder Klein, sondern um dieselben Interessen und darum, wer dabei ist. In der Regionalkonferenz sind es nur die Gemeindepräsidenten, das ist sowieso wackelig, weil diese vielbeschäftigt sind.

Man müsste Fachleute für die Teilnahme gewinnen, oder noch weiter in die Gemeinden raus gehen.

Samuel Tschumi SVP: Regionale Zusammenarbeit ist ein grosses Wort, welches eine blühende Zukunft und die Lösung vieler kommunaler Probleme verspricht. Bereits einmal ist eine regionale Gruppe gebildet worden, welche Probleme lösen soll. Mit der Regionalkonferenz und deren hohen Kompetenzen wurden die Probleme jedoch nicht kleiner sondern grösser. Regionale Lösungsansätze sind teils behördenverbindlich und bilden eine weitere unerwünschte Staatsebene zwischen Gemeinde und Kanton.

Da aus der jetzigen Situation die Kompetenzen einer solchen, wie vom Postulanten angedachten Gruppe, nicht feststehen und "Lösungen, sowie gemeinsame Ziele" wiederum behördenverbindlich sein könnten, ohne dass wir hier im Parlament darüber befinden können, werde ich gegen die Erheblichkeit des Postulats stimmen.

Dies jedoch nicht aufgrund einer generellen Ablehnung regionaler Zusammenarbeit, sondern im Vertrauen darauf, dass der Gemeinderat selbständig regionale Gespräche führt, um entsprechende Lösungen zu finden.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Die SP unterstützt die Stossrichtung des Postulates und freut sich über die Bereitschaft des Gemeinderates, eine engere Zusammenarbeit in der Kernregion zu prüfen. Eine Zusammenarbeit, die die Stadt-Region, also die engste Region rund um die Stadt, nicht die Agglomeration, wesentlich stärken könnte. Das ist nötig, denn dann müssen wir uns aus dem Saanenland oder Simmental auch weniger vorschreiben lassen, was wir zu tun haben. Uns passt, was der Gemeinderat tun will. Es wurde erwähnt, dass man in konkreten Gebieten mit der Zusammenarbeit beginnen sollte. In diesem Zusammenhang reichen wir heute Abend eine Fraktionsmotion ein. Es betrifft eine engere Zusammenarbeit bezüglich Beschaffungswesen in den Gemeinden rund um die Stadt. Das könnte allenthalben zu Kosteneinsparungen führen.

Präsident: Gibt es noch weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Möchte sich der Gemeinderat noch äussern? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer das Postulat Jürg Jenni und Mitunterzeichnende betreffend "Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen" erheblich erklären will, erhebe die Hand.

### **Abstimmung**

**Das Postulat Jürg Jenni und Mitunterzeichnende betreffend "Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen" wird mit 27 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen erheblich erklärt.**

---

41 1.92. Parlamentarische Eingänge

#### **Parlamentarische Eingänge**

- Postulat Rudolf Gerber und Mitunterzeichnende betreffend "Gönnen wir unseren Seniorinnen und Senioren Sitzbänke zur Erholung beim Einkauf und bei Besuchen in unserem Dorf"
  - Postulat Markus Dietiker und Mitunterzeichnende betreffend "Bring- und Holtag in Zollikofen"
  - Interpellation Rudolf Gerber und Mitunterzeichnende betreffend "Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III auf den Finanzhaushalt der Gemeinde Zollikofen"
  - Motion Petra Spichiger und Mitunterzeichnende betreffend "Frühzeitige Festlegung und Kommunikation der Stundenpläne"
  - Interpellation Marceline Stettler und Mitunterzeichnende betreffend "Raumbedarf für wertvolle Angebote in Zollikofen"
  - Postulat Hans-Jörg Rhyn und Mitunterzeichnende betreffend "Kosteneinsparung durch Koordination des öffentlichen Beschaffungswesens in der Kernregion Bern"
  - Einfache Anfrage Toni Oesch betreffend "Land Lättere, Verwendungszweck"
  - Einfache Anfrage Peter Kofel betreffend "Familienergänzende Kinderbetreuung, soziale und wirtschaftliche Situation der Eltern"
- 

Präsident: Wir sind am Ende der Sitzung angelangt, es ist 21.15 Uhr, die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 19. Oktober statt. Am Donnerstag ist Tag- und Nachtgleiche. Der Herbstanfang um 16.21 bedeutet auch, dass der Sonnenstand den Äquator gegen Süden überquert. Markus M. Ronner sagte dazu: *"Der Herbst ist die Zeit, da die Tage kürzer und die Bremswege länger werden."* Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche genug freien Bremsweg und einen schönen Abend.